



Mit dem Verschieben von Wertpapieren ließ sich viel Geld machen. Heutzutage erfolgt der Transfer noch schneller elektronisch. Die hier gezeigten gedruckten Stücke sind museumsreif.

© picture-alliance/Andreas Arnold/dpa

KURZ NOTIERT

Uhren müssen auch in Zukunft umgestellt werden

Die Linke hat sich mit einem Antrag (18/9125, 18/12839) auf Abschaffung der Zeitumstellung nicht durchsetzen können. Der Bundestag lehnte das Vorhaben am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Grünen ab. Die Linke hatte verlangt, nach Abschaffung der Zeitumstellung die Mitteleuropäische Sommerzeit (MESZ) für die Bundesrepublik dauerhaft einzuführen. Eine Analyse des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hatte ergeben, ein Einsparereffekt sei heute nicht oder allenfalls marginal nachweisbar. Das TAB wies andererseits auf Anpassungsschwierigkeiten für viele Menschen durch den geänderten Tagesrhythmus hin.

Schornsteinfegergesetz geändert

Behörden können künftig leichter den flächendeckenden Einsatz von Schornsteinfegern sichern. Ein vom Bundestag einstimmig beschlossenes Gesetz (18/12493) stellt klar, dass von nun an Sammelausschreibungen als Verfahren möglich sind, um Kehrbezirke lückenlos besetzen zu können und um Verfahren zu vereinfachen. Der Abstimmung über den Entwurf für ein geändertes Schornsteinfeger-Handwerksgesetz der Bundesregierung (18/12493) lag eine Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (18/12832) zu Grunde. Daneben wurden einige Gesetze geändert, um die Kehrbezirksverwaltung zu verbessern und um den Wettbewerb innerhalb des Handwerks zu verstärken. Zudem wurden die Anforderungen an die Neutralität der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger verschärft.

Keine »Nährwertampel« für Fertigelebensmittel

Eine »Nährwertampel« für Fertigelebensmittel wird es vorerst nicht geben. Der Bundestag lehnte am Donnerstag einen Antrag der Fraktion Die Linke (18/10861/18/11886) gegen die »Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher« und für klare und verständliche Lebensmittelinformationen auf Verpackungen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen das Votum der Linken und Grünen ab. Mit der »Nährwert-Ampel« sollten verbraucherfreundliche und vergleichbare Lebensmittelinformationen gegeben werden, um eine gesundheitsorientierte Ernährung zu ermöglichen.

Koalition und Grüne gegen Rekommunalisierungs-Antrag

Die Bundesregierung muss keinen Entwurf eines Rekommunalisierungsgesetzes vorlegen, wie die Linke in einem Antrag (18/10282, 18/11019) gefordert hatte. Der Bundestag lehnte mit Mehrheit der Koalition und der Grünen einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion ab. Die Linke hatte unter anderem die Einrichtung einer Agentur zur Förderung von Rekommunalisierungsprojekten gefordert. Außerdem sollte die interkommunale Zusammenarbeit außerhalb des Vergaberechts erfolgen können.

Netzwerke des Geldes

CUM/EX-AUSSCHUSS »Finanzbetrugereien« ohnegleichen« konstatiert. Abschlussbericht vorgelegt

Unterschiedliche Ansichten zum Cum/Ex-Skandal sind bei der Plenardebatte über den Abschlussbericht des 4. Untersuchungsausschusses am Freitag aufeinander geprallt. Sprecher von Koalition und Opposition warfen sich gegenseitig Einseitigkeit vor. Linke und Grüne kritisierten, das Mehrheitsvotum kehre Erkenntnisse des von ihnen angestregten Ausschusses unter den Teppich, während CDU/CSU und SPD der Opposition überzogene Darstellungen attestierten.

»Die Cum/Ex-Deals waren zu jeder Zeit rechtswidrig.«
Hans-Ulrich Krüger (SPD)

Steuerzahler betrogen
Der Bericht mit den Sonderworten der Linken und der Grünen (18/12700) war am Vortag an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergeben worden. Dabei würdigte Lammert die Arbeit des Ausschusses, die ein »eindrucksvoller Beleg« dafür sei, dass Untersuchungsausschüsse zur Aufklärung komplizierter Sachverhalte beitragen können. Besonders bitter sei, dass bei diesen Geschäften Banken in einer Zeit mitgemacht hätten, die im selben Zeitraum von Steuerzahlern gestützt worden seien und die Steuerzahler dann auch noch betrogen hätten. Der Ausschussvorsitzende Hans-Ulrich Krüger (SPD) betonte zu Beginn der De-

batte, dass es sich bei den Cum/Ex-Deals um »Finanzbetrugereien ohnegleichen« gehandelt habe, die »zu jeder Zeit rechtswidrig« gewesen seien. Eine Gesetzeslücke habe nie bestanden. Die beteiligten Finanzmarktakteure hätten hohe kriminelle Energie aufgebracht, um den Staat zu betrügen, und der Allgemeinheit sei dadurch ein hoher wirtschaftlicher Schaden entstanden. Dieser betrage nach den Feststellungen des Ausschusses knapp eine Milliarde Euro. Andere Berechnungen seien hypothetisch und nicht belegbar. Die Opposition habe mit dem Ausschuss klären wollen, so Krüger, ob die Geschäfte nicht durch Fehler staatlicher Einrichtungen erleichtert worden seien. Die mit der Materie befassten Stellen hätten jedoch nach dem Erkennen des kriminellen Geschäftsmodells »Herausringendes geleistet«. Die zuständigen Behörden in Bund und Ländern hätten in den letzten Jahren die Ausschulung von Kapitalertragsteuern verweigert beziehungsweise bereits ausgezahlte zurückgeholt. Die Opposition sprach dagegen vom größten Steuerskandal in der Geschichte der Bundesrepublik. Die politisch Verantwortlichen hätten zugelassen, dass der Staat

jahrelang ausgeplündert wurde, sagte der Obmann der Fraktion Die Linke, Richard Pitterle. Der auf Antrag der Grünen und der Linken eingesetzte Ausschuss habe gezeigt, dass die Untersuchung »bitter nötig« war. Die »Tricksereien« seien seit Jahrzehnten bekannt gewesen. Trotzdem habe es bis 2012 gedauert, bis Cum/Ex durch eine Gesetzesänderung unterbunden wurde. Was der Ausschuss herausgefunden habe, sei zum Teil »haarsträubend« gewesen. Pitterle sprach von »katastrophalen Fehlleistungen« des Bundesfinanzministeriums und der Bankenaufsicht. Die politische Verantwortung liege daher bei Peer Steinbrück (SPD) und Wolfgang Schäuble (Christian Hirte (CDU), Obmann der Unions-Fraktion, erklärt CDU). Dies unterstrich Gerhard Schick, Obmann der Grünen-Fraktion im Ausschuss. Er sprach von einem Nichtangriffspakt der Koalitionsparteien. Es sei »absurd«, dass alle Behörden alles richtig gemacht hätten. Der Ausschuss hätte nach Koalitionswillen seine Arbeit schnell und möglichst geräuschlos beenden und die Fehler der Behörden unter den Teppich kehren sollen. Auf der Bundesebene habe man sich weggeduckt. Die Aufklärungsarbeit müsse jetzt aber weitergehen. So müssten unter anderem die öffentlichen Banken erklären, warum sie bei den Geschäften mitgemacht hätten. Das, was sich der Ausschuss einig sei, dass die Cum/Ex-Geschäfte rechtswidrig waren. Bei

der Bewertung gingen die Meinungen der Koalitions- und der Oppositionsparteien jedoch auseinander. Die Opposition habe mit dem Ausschuss »parteilichtes Kalkül« verfolgt, »haltlose Schuldzuweisungen« gemacht und Berichte über horrenden Steuerertrag kolportiert. Mit dem Abschlussbericht habe sich die Opposition »von der gemeinsamen Arbeit verabschiedet«. Hirte sprach von »überzogener Aufregung«. Die Arbeit des Ausschusses habe gezeigt, dass die Geschäfte rechtswidrig waren, die Behörden gute Arbeit geleistet haben und die Steuer- und Justizbehörden erfolgreich ermittelten. Der tatsächliche Schaden betrage nur einen Bruchteil der in der Öffentlichkeit kolportierten Summen und lasse sich heute nicht seriös benennen. Phantasiezahlen wie die »geradezu absurden 49 Milliarden Euro« würden von der eigentlichen Thematik ablenken, nämlich, dass dieser Schaden eben nicht entstanden sei.

Staat ausgeplündert SPD-Obmann Andreas Schwarz sagte, für die Opposition scheine die Schuldfrage geklärt und der Staat sei verantwortlich. Schuld seien aber die Netzwerke der Finanzindustrie und

sonst niemand. Es sei nicht zu akzeptieren, dass hier die »Verantwortlichkeiten verschoben« würden. Der Ausschuss habe nachgewiesen, dass Banken, Steuerberater und Wissenschaftler durch »bandenmäßige Steuerhinterziehung« den Staat ausgeplündert hätten. Dabei habe es sich um organisierte Kriminalität gehandelt. Den teilnehmenden Finanzakteuren warf Schwarz »moralische Verkommenheit« vor. Der Abschlussbericht komme zu dem Schluss, dass der Ausschuss nicht erforderlich gewesen ist. Alle Vorwürfe seien widerlegt, mit denen dessen Einsetzung begründet wurde. Das Gremium habe die Überzeugung gewonnen, so der Abschlussbericht, dass in den zuständigen Behörden sachgerecht und pflichtgemäß gearbeitet worden sei. Der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesfinanzministerium, könnten keine Vorwürfe gemacht werden. Der Ausschuss habe vielmehr öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen für ein aufwändig verschleiertes Zusammenwirken von Kapitalmarktteilnehmern zum Betrug des Fiskus um große Summen. Michael Wojtek

»Die Opposition hat Berichte über horrenden Steuerausfälle kolportiert.«
Christian Hirte (CDU)

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Ökologie und Ökonomie im Einklang

ELBE-KONZEPT Auch künftig soll es keinen Ausbau der Elbe geben, der ausschließlich der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dient. Das geht aus dem von der Bundesregierung vorgelegten »Gesamtkonzept Elbe« (18/11830) hervor, über das der Bundestag vergangenen Donnerstag debattiert hat. Unter dem Stichwort Maßnahmenoptionen heißt es in der Unterrichtung weiter, flussbauliche Maßnahmen würden jedoch akzeptiert, »wenn sie zugleich ökologischen, wasserwirtschaftlichen und verkehrlichen Zielen dienen und diese Ziele in sinnvoller Weise verbinden«. Angenommen mit den Stimmen von Union und SPD bei Enthaltung der Opposition wurde im Anschluss an die mitternächtliche Debatte eine Entschließung (18/12844). Darin wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel das Gesamtkonzept Elbe für die Entwicklung der Deutschen Binnenelbe nach näherer Maßgabe der Entschließung zeitnah mit entsprechenden Maßnahmen zu unterlegen und diese umzusetzen. Dem Bundestag soll der für die Haushaltsaufstellung 2018 erforderliche Personal- und Sachmittelbedarf für die Umsetzung des Konzepts vorgelegt werden. Während der Debatte lobten Redner aller Fraktionen den Prozess, durch den das Gesamtkonzept Elbe entwickelt wurde. »Wir haben es ge-

schafft, ein Gesamtkonzept Elbe zu stricken, mit dem sowohl die Schiffbarkeit der Elbe verbessert wird, die Versprechen der Tschechen gegenüber eingehalten werden können, aber auch den ökologischen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird«, zeigte sich Verkehrsstaatssekretär Enak Ferlemann (CDU) erfreut. Die Verständigung zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der maßgeblichen Wirtschafts- und Umweltverbände sei keine Selbstverständlichkeit, sondern harte Arbeit gewesen, sagte Jürgen Klimke (CDU). »Wir reden hier über ein Zwischenergebnis«, betonte Herbert Behrens (Die Linke). Nicht alle Fragestellungen hätten im Gesamtkonzept abschließend behandelt werden können. Umstritten bleibt die Frage, ob beispielsweise im Interesse der Schiffbarkeit der Elbe, die sogenannte Reststrecke zwischen Dömitz und Hitzacker ausgebaut werden soll. Die Grünen lehnen das ab, weil gar nicht beantwortbar sei, »wie dort Ökologie und Ökonomie in Übereinstimmung zu bringen sind«, sagte Steffi Lemke und verwies auf einen Antrag ihrer Fraktion (18/12787), der das Festhalten an einem Ausbaumoratorium verlangt. Dagmar Ziegler (SPD) kritisierte dies. »Sie wollen alles verhindern, was der Schiffbarkeit dienen kann«, sagte die SPD-Politikerin an die Grünen gewandt. Götz Hausding

Terrorismus macht auch dem Tourismus zu schaffen

REISEBRANCHE Aber weiterhin hohe Wachstumsraten. Ostseeküstenurlaub von ausländischen Gästen selten nachgefragt

Die Prioritäten in der Fremdenverkehrswirtschaft haben sich nach Feststellung der Bundesregierung im Laufe der vergangenen vier Jahre deutlich verändert. Hätten vor vier Jahren noch Fachthemen im Vordergrund gestanden, Fragen des technischen Wandels, der Digitalisierung, auch der Wachstumssteigerung, so sei es seit 2015 in immer stärkerem Maße die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die der Branche auch in Europa und Deutschland zu schaffen mache, heißt es im aktuellen »Tourismuspolitischen Bericht« (18/12505) der Bundesregierung für die 18. Legislaturperiode, der am Freitag vom Bundestag an den Ausschuss für Tourismus überwiesen wurde. »Das Thema Sicherheit erlangt zunehmende Bedeutung. Zugleich sind die Herausforderungen der Flüchtlingssituation allgegenwärtig«, so die Einschätzung der Regierung. **Dauerwachstum** Außerordentlich optimistisch beurteilt die Regierung gleichwohl die wirtschaftliche Lage der Branche, die eine seit den frühen 1990er Jahren anhaltende Erfolgssträhne erlebe. Für die rund 50.800 Beherbergungsbetriebe in Deutschland sei 2016 erneut ein Rekordjahr gewesen mit rund elf Millionen Übernachtungen mehr als 2015, was einer Zuwachsrate

um 2,5 Prozent entsprach. Der Inlandtourismus, dessen Anteil von 82 Prozent an der Gesamtzahl der Übernachtungen im Vergleich zu 2012 fast stabil geblieben ist, verzeichnete damit zum elften Mal, das Geschäft mit ausländischen Besuchern immerhin zum siebten Mal in Folge ein Nachfragerlebnis. Entsprechend hoch zu veranschlagen sei die ökonomische Bedeutung der Fremdenverkehrsbranche, die mit 2,9 Millionen Beschäftigten eine direkte Bruttowertschöpfung von nahezu 100 Milliarden Euro und damit 4,4 Prozent der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung generiere. Im Reiseverhalten deutscher Touristen wie ausländischer Besucher hat sich im Berichtszeitraum der Trend zum Kurzurlaub und zur

Städtereise fortgesetzt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer hat sich seit 2012 von 2,8 Tagen auf 2,7 Tage verringert; sie betrug 1993 noch 3,8 Tage. Zugleich profitierten Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern weit überdurchschnittlich vom Tourismusboom. Die Einnahmen aus den Aufenthalten ausländischer Besucher in Deutschland sind seit 2010 um 29 Prozent von 26,2 auf 33,7 Milliarden Euro gestiegen. Haupterkunftsland waren im Berichtszeitraum mit weiterhin leicht steigender Tendenz die Niederlande, gefolgt von der Schweiz. Zweitstellige Zuwachsraten verzeichneten zwischen 2013 und 2015 aber auch Übernachtungen von Besuchern aus den arabischen Golfstaaten, China und Polen. Das Deutschland-Interesse ausländischer Gäste ist aber regional ungleich verteilt. So waren in Mecklenburg-Vorpommern 2016 deutsche Urlauber mit einem Anteil von 96,6 Prozent fast unter sich, in Berlin indes nur mit 54 Prozent vertreten. wid



An der Ostsee wie hier in Warnemünde sind kaum ausländische Gäste. © picture-alliance/dpa

